

SOLOTHURNER ZEITUNG

— DIE NORDWESTSCHWEIZ —



SEAT
DER NEUE SEAT LEON.
Grosse Ausstellung vom
24.–25. 11. 2012
AMAG RETAIL Zuchwil, Langfeldstrasse 30, 4528 Zuchwil



Inland Maya Graf wird Nationalratspräsidentin

Die Baselbieterin ist die erste Grüne an der Spitze des Parlaments. **Seite 5**



Wirtschaft Naturheiler Andres Bircher vs. UBS

Klinik des Enkels des Birchermüesli-Erfinders wird zwangsversteigert. **Seite 9**



Sport Kloten bedient sich beim EHC Olten

Oltens Urgestein André Rötheli wird neuer Sportchef bei den Flyers. **Seiten 14, 15**

Wer bezahlt das Hüler-Essen?

Ende Oktober herrscht im Kanton Solothurn eine Verwirrung darüber, welche Schüler ein Anrecht auf Subventionierung ihrer auswärtigen Verpflegungskosten haben. Auslöser ist ein Brief des Konkretionsabteilung Sek P an der Kantonsschule an die Eltern aller Sek-P-Schüler. Er zitiert darin einen Passus des Volksschulgesetzes, gemäss dem die öffentliche Hand bei Schülern die einen «unverhältnismässig hohen oder beschwerlichen Schulwegen» haben, einen Teil der Kosten übernehmen muss. Die Krux ist, dass es keine einheitlichen Kriterien gibt, was ein Schulweg «unverhältnismässig weit» ist. (ESF) **Seite 22**

Steuerstreit: Liechtenstein zeigt der Schweiz den Ausweg

Weissgeldstrategie Vaduz bietet Ausland weitgehende Kooperation an

VON STEFAN SCHMID, VADUZ

Heute ist der Tag der zweitletzten Chance für das Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland. Die Ablehnung des Vertrags im Bundesrat, der deutschen Länderkammer, gilt als sicher. Und auch im anschliessenden Vermittlungsausschuss dürfte das Abkommen kaum noch zu retten sein. Das wäre für die Schweiz ein herber Rückschlag im Versuch, international ein alternatives Modell zum automatischen Informationsaustausch zu etablieren. Ein Plan B, der über den Status quo hinausgeht, hat der Bundesrat nicht. Er fürchtet sich vor einer weiteren Aufweichung des Bankgeheimnisses. Dabei würde ein Blick ins Fürstentum Liechtenstein genügen, um auf neue Ideen zu kommen. Sollte die Abgeltungssteuer scheitern, «sind wir bereit, über alternative Ansätze zu diskutieren», sagt Katja Gey, Delegierte der liechtensteinischen Regierung in internationalen Finanz- und Steuerfragen, im Interview mit der

«Nordwestschweiz». «Eine Alternative, von der wir wissen, dass sie funktioniert, ist das Abkommen, das wir mit England abgeschlossen haben.» Engländer, die Geld auf einer liechtensteinischen Bank haben, müssen bis 2016 nachweisen, dass sie das Geld korrekt versteuert haben. Sonst wird ihr Konto aufgelöst. Das Fürstentum sei bereit, dieses Modell auch anderen Staaten anzubieten. Mittelfristig hingegen «deutet einiges auf einen verstärkten Informationsaustausch hin». **Seite 3**

Kommentar

von Stefan Frech



Ein Stolperstein weniger

Wie hat doch der deutsche Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal so schön gesagt: «Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.» Ivo Bracher hat eine Vision: Er kämpft seit Jahren unermüdlich an vorderster Front für eine Lagunenstadt an der Aare. Das ist beeindruckend. Zum Arzt muss er deshalb sicher nicht. Vielleicht hätte er aber mit seiner Vision nicht zu Stadt und Kanton Solothurn gehen sollen. Diesen Eindruck erhält man jedenfalls, wenn man seine wiederkehrenden Klagen hört und die Verzögerungen bei der Sanierung des Stadtmists verfolgt. Man kann sicher nicht behaupten, dass die Behörden mit Euphorie ans Werk gehen, um Brachers Vision zum Fliegen zu bringen. Vielleicht ist aber die Vision eines «national ausstrahlenden Leuchtturms» auch einfach etwas gar gross für unsere kleine Stadt und diesen fast zur Magersucht verschlankten Kanton. Beide können nämlich mit ihren beschränkten Personalressourcen nicht mithalten, wenn Investoren am liebsten gestern als morgen bauen möchten.

Kommt hinzu, dass die Mühlen in einer Demokratie und einem Rechtsstaat zwangsläufig langsam mahlen. Das müsste eigentlich auch Ivo Bracher wissen. Hat er den Investoren und interessierten Hauskäufern zu früh Hoffnungen gemacht? Geht es im Projekt nicht weiter, drohen sie abzuspringen. Heute aber erhalten sie endlich wieder mal eine positive Nachricht. Brachers Druck hat etwas bewirkt: Der Kanton nimmt die «Wasserstadt» in den Richtplan auf. Ein wichtiger planerischer Schritt zur Umsetzung der Vision ist getan. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass noch viel Wasser die Aare hinabfließt, bis die ersten Bewohner in der Wasserstadt einziehen.

stefan.frech@azmedien.ch

Zivilschutz für Adventsmarkt

Am ersten Adventswochenende finden in Aetigkofen der Bucheggberger Adventsmarkt mit einem traditionellen riesigen Publikumszulauf statt. Der Verkehrsdiens wird wieder von der regionalen Zivilschutzorganisation Solothurn zuständig sein. Bis zu zwei Jahren hatten diesen Job Ziviltäter aus dem Bucheggberg übernommen, bis Gemeindepräsidenten dem Bezirk ihr Veto einlegten. Ihre Begründung: Der Weihnachtsmarkt sei ein kommerzieller Markt. Das sieht Martin Allemann, Chef des Solothurner Zivilschutzes, nicht so eng – der Einsatz sei der Würdigung des Anlasses für die Region angemessen. (WW) **Seite 26**

Pfarrer kämpft gegen Vorgesetzte

Die reformierte Kirchgemeinde Solothurn, die 14 Gemeinden in der Region um Solothurn-Lebern umfasst, hat ihre Gemeindeordnung noch dieses Jahr total revidieren lassen. In den Segen einer von insgesamt vier Pfarrpersonen hat der Gemeinderat nicht: Der Bella-Lied Pfarrer Hermann Gilomen kämpft mit Inseraten gegen die neue Gemeindeordnung. Brisanter Punkt der neuen Vorlage: Pfarrer sollen nicht mehr vom Volk, sondern vom Kirchgemeinderat ge- oder abgewählt werden können. Dies, weil eine eigentliche Wahl oder Abwahl durch das Volk gar nie zustande kommen könnte. (WW) **Seite 23**



Neuer Schub für die «Wasserstadt» in Solothurn

Der Kanton setzt ein starkes Zeichen zugunsten des Projekts Wasserstadt an der Aare in Solothurn: «Die Wasserstadt wird als Siedlungsgebiet von kantonaler Bedeutung in den neuen Richtplan aufgenommen», erklärte Bernard Staub, Chef des Amts für Raumplanung, an einer Informationsveranstaltung vor rund 50 Gemeinde-

vertretern. Mit diesem Schritt will der Kanton gegenüber dem Bund rechtfertigen, weshalb 17 Hektaren neu eingezont werden sollen. Ivo Bracher, VR-Präsident der Wasserstadtsolothurn AG, reagierte überrascht auf die Ankündigung. Er möchte, dass der Richtplan rasch angepasst wird. Seine Kritik an den Behörden konterte Solo-

thurns Stadtpräsident Kurt Fluri mit dem Hinweis auf die vielen Stolpersteine, die dem Projekt nach wie vor im Weg liegen. So wird zurzeit abgeklärt, ob der Stadtmist, die frühere Kehrichtdeponie, total ausgehoben werden soll. Nur dann kann die «Wasserstadt» gebaut werden. (SFF)

Kommentar rechts, Seite 21

esagt

Kinder brauchen eine Erziehung.

REGION

Möri übernimmt in Grenchen die Kinderbilderbuchtage

«Miss mia» Caroline Möri übernimmt die Grenchner Kinderbilderbuchtage von

Fragen zur Photovoltaik in Balsthal beantwortet

Eine Info-Veranstaltung zum Umgang mit Photovoltaik-Anlagen stiess in Bals-

HEUTE IN DER ZEITUNG

Börse	Seite 10
Immobilien	Seiten 17/18
Stellen	Seiten 28/30
Todesanzeigen	Seite 36
TV/Radio	Seite 37

INSERAT

zahnarztzentrum.ch





SOLOTHURN

STADT, KANTON UND REGION

Die «Wasserstadt» erhält Auftrieb

Solothurn Kantonales Raumplanungsamt nimmt das Wohnbauprojekt in den Richtplan auf

VON STEFAN FRECH

«Es ist völlig unverständlich, dass nicht schon lange klar ist, was mit dem Stadtmist passiert», ereiferte sich Biberists Gemeindepräsident Martin Blaser. Er verspüre bei den verantwortlichen Behörden von Kanton und Stadt mehr Widerstand als Unternehmergeist, kritisierte Blaser an einem Informationsanlass der Regionalplanungsgruppe Espace Solothurn (Repla) vor rund 50 Gemeindevertretern. Das Projekt Wasserstadt Solothurn sei «einfach genial», ein «national ausstrahlender Leuchtturm», ein «städtebaulicher Meilenstein». Deshalb erwarte er von Stadt und Kanton endlich ein Bekenntnis für oder gegen den Bau der «Wasserstadt». Sie stünden sonst den Visionen der «Wasserstadt»-Promotoren um Ivo Bracher im Weg.

Viele Stolpersteine

Ob so viel Kritik platzte Solothurns Stadtpräsident Kurt Fluri der Kragen. «Warum diese Konfrontation? Ich kenne keine Verhinderer, sondern nur Leute, die auf Hindernisse hinweisen.» Fluri zählte in gewohnter Manier nüchtern und sachlich die «möglichen Stolpersteine»

auf, «die jeder für sich das ganze Projekt zu Fall bringen können». Erstens die Raumplanung: Es sei offen, ob der Bund nach dem Projekt «Weitblick» eine weitere Ausdehnung des Siedlungsgebiets in Solothurn akzeptiere. Und falls ja, könnten immer noch Private gegen die Einzonung vorgehen. Zweitens der Stadtmist: «Auch wir möchten eine Totalsanierung», bekräftigte der Stadtpräsident. Wenn aber Kanton und Bund den Abfall nur teilweise entsorgen wollen, wer würde dann der Stadt die Differenz für einen Totalaushub bezahlen? Drittens die landwirtschaftliche Pacht: «Wenn der Bauer vom Glutzenhof auf seiner bis ins Jahr 2040 zugesicherten Pacht beharrt, dann ist für die Wasserstadt Feierabend.» Viertens die Witi-Schutzzone: «Es hat noch keine Umweltorganisation erklärt, dass sie keine Einsprache macht, wenn die Schutzzone tangiert wird.» Aus all diesen Gründen kam Solothurns Stadtpräsident zum Schluss: «Es gibt zwar keine ernsthaften Gegner des Pro-

jekts Wasserstadt, aber genügend Stolpersteine.»

Ein Zeichen für die Wasserstadt

Bernard Staub, Chef des kantonalen Amts für Raumplanung, verdeutlichte die Grösse des «raumplanerischen Stolpersteins»: Im Kanton Solothurn gibt es bereits jetzt noch nicht überbaute Wohn- und Reservezonen, die den Bedarf nach Siedlungsgebiet für die nächsten 25 Jahre decken. «Wenn wir jetzt nochmals 17 Hektaren für die Wasserstadt einzonen wollen, müssen wir das dem Bund sehr gut erklären können.» Bernard Staub versicherte aber, dass das Raumplanungsamt das Projekt Wasserstadt «eine gute Idee» findet. Dieses von Blaser geforderte Bekenntnis untermauerte Staub zur Überraschung aller im Saal zusätzlich, indem er verriet: «Die Wasserstadt wird als Siedlungsgebiet von kantonaler Bedeutung in den neuen Richtplan aufgenommen.» Das bedeutet, dass der Kanton eine Neueinzonung zugunsten der «Wasserstadt» im Grundsatz unterstützt und gegenüber dem

«Es gibt keine Gegner des Projekts, aber genügend Stolpersteine.»

Kurt Fluri, Stadtpräsident von Solothurn

Bund als besonders wichtig rechtfertigen wird. Der Richtplan wird demnächst vom Regierungsrat in die Anhörung geschickt und Mitte 2013 öffentlich aufgelegt.

Ivo Bracher, VR-Präsident der Wasserstadtsolothurn AG, war positiv überrascht, er bleibt aber ungeduldig. «Der Richtplan muss schnell angepasst werden.» Der Kanton solle Druck auf den Bund ausüben. Bracher fürchtet, dass die Landschaftsinitiative zur Abstimmung gelangt, wenn die Revision des Raumplanungsgesetzes im März 2013 scheitert. Dann sind keine Einzonungen mehr möglich. Ivo Bracher kritisierte aber auch die Stadt, dass sie dem Stadtentwicklungsprojekt nicht oberste Priorität einräume. Eine Studie habe ergeben, dass Kanton und Stadt langfristig mit rund 500 Mio. Franken Mehreinnahmen rechnen können, wenn sich die neuen Bewohner an der Aare niederlassen. «Es braucht den politischen Willen, dann können die möglichen Stolpersteine weggeräumt werden.»

@ ausserdem zum Thema

Mehr Bilder des Projekts Wasserstadt unter www.solothurnerzeitung.ch.



Der Kanton unterstützt die geplante «Wasserstadt» in Solothurn als «Siedlungsgebiet von übergeordneter Bedeutung».

ZVG

Kritik Polizist roten

Gemeinden

bands Solothurner Gemeinden (VSE) Kantonsgemeinschaft Schweizer Bundesrat für die Schule und Korpsangehörigen. Die V Städte und Gemeinden stützungsentscheidungen weil sie der Polizeiangehörigen turkreisen an diesen finden der ländlichen standen der Ausländer eher skeptisch wird dieser nehmlassung heisst es in e Dem zum Geoinformation gestimmt. Die allerdings dar kostengünstig bestimmung ne Solothurn Der Vernehm Änderung des schen Rechts VSEG unbest über die ver rung der ern wird die regi vorisiert. (MG)

Velofa Ampe

Solothurn

6.45 Uhr fuhr der Bielstrasse Stadtze gnalanlage bach-/Langen einem Liefer «Grün» schal Lieferwagens strasse ab. sich noch im gen befand, dem Seitenla wurde dabei des Lieferwa ten in Richt Personen, di ten, oder An Lieferwagen sich bei der melden, Tele